Antrag auf

Gewährung von Zuwendungen nach der Richtlinie der Stadt Chemnitz über die Gewährung von Zuwendungen an kleine Unternehmen

im Rahmen des Förderprogramms „Nachhaltige integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027“ (KU-Richtlinie Chemnitz)

---

1. Allgemeines

1.1 An
Stadt Chemnitz
Geschäftsbereich Wirtschaft
Markt 1
09111 Chemnitz

Nicht vom Antragsteller/ von der Antragstellerin auszufüllen!
Eingangsstempel
Datum des Eingangs
Antragsnummer

1.2 Auswahl des Fördergebietes

EFRE Chemnitz-Mitte	☐
EFRE Altchemnitz	☐
EFRE Zwickauer Straße	☐

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

Ich/Wir beantrage(n)

eine Finanzierungshilfe für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der Richtlinie der Stadt Chemnitz über die Gewährung von Zuwendungen an kleine Unternehmen im Rahmen des Förderprogramms „Nachhaltige integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027“ (KU-Richtlinie Chemnitz).

1.3 Antragstellendes Unternehmen

Firma	Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Ort/Kreis	Bundesland
Telefon/Fax	Name des Bearbeiters/der Bearbeiterin

1.4 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.

Zuletzt wurden für die unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen bewilligt bzw. beantragt:

Investitionszeitraum	Datum des Antrags sowie Datum und Aktenzeichen des Bewilligungsbescheids
Beginn *Monat* *Jahr*	
Beendigung *Monat* *Jahr*	

Frühere Anträge werden ggf. von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.

1.5 Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu mehr als 25 % im Besitz eines anderen oder mehrerer anderer Unternehmen steht?

☐ **nein**

☐ **ja** →Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage):

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

1.6 Angaben zur Prüfung als Kleinst- und Kleinunternehmen

Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen/Jahresumsatz

☐ **< 10** ☐ **< 50** ☐ **≥ 50**

Jahresumsatz unter 2 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Jahresumsatz über 2 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Jahresumsatz über 10 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Jahresbilanzsumme unter 2 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Jahresbilanzsumme über 2 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Jahresbilanzsumme über 10 Mio. € ☐ **nein** ☐ **ja**

Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug?

☐ **ja** ☐ **nein**

Wenn **nein**, dann ist die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes vorzulegen

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

Nicht vom Antragsteller/von der Antragstellerin auszufüllen!

KU i. S. d. Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (VO (EG) Nr. 361/2003 der Kommission vom 20.05.2003)

☐ **nein** ☐ **ja**

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort und Zuwendungszweck

2.1.1 Investitionsort

Postleitzahl	Ort
Straße und Hausnummer	

Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in Chemnitz?

☐ **nein**

☐ **Ja** → Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

2.1.2 Zuwendungszweck

Die geplanten Investitionen und die beantragte Zuwendung dienen folgendem Zweck:
(Es ist bitte eine veröffentlichungsfähige Kurzbezeichnung zu nutzen, die ausführliche Vorhabensbeschreibung erfolgt unter Punkt 2.2. Der Zuwendungszweck ist für maßgeblich für die Beurteilung zur Einhaltung der Zweckbindungsfrist nach Durchführung der Maßnahme.)

2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2.1.2 bezeichneten Vorhabens (als Anlage beifügen)

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind in einer Anlage zu beschreiben und zu erläutern. Dabei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Beteiligungen, Historie, Kapazitätsauslastung, Umsatz, Notwendigkeit und Ziel der Investitionen) einzugehen. In einem Geschäftsplan sind die Investitionen angebotsweise aufzustellen und es ist der Nachweis der gesicherten Finanzierung zu führen.

2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

Beschreibung der gewerblichen Tätigkeit

Wenn sich die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige erstreckt, bitte nähere Angaben: erforderlichenfalls in einer Anlage.

Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und Leistungen

Bitte nähere Angaben: z. B. Absatz im Fördergebiet und/oder darüber hinaus.

Nicht vom Antragsteller/von der Antragstellerin auszufüllen!
KU gehört einer förderfähigen Branche im Sinne der KU-Richtlinie an. ☐ **nein** ☐ **ja** KU ist ein lokal agierendes Unternehmen, welches im Fördergebiet ansässig ist/ansässig sein wird. ☐ **nein** ☐ **ja**

3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn

Beschäftigte m/w/d **1**	**Behinderte Personen** **2**	**Ausbildungs-plätze** **3**	**Summe** **1 + 2 + 3**

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

(„Dauerarbeitsplätze" müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich besetzt werden.)

Anzahl der geplanten zusätzlichen **Dauerarbeitsplätze** nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Beschäftigte m/w/d **1**	**Behinderte Personen** **2**	**Ausbildungs-plätze** **3**	**Summe** **1 + 2 + 3**

Anzahl der geplanten **gesicherten Dauerarbeitsplätze** nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen (Addition der Arbeitsplätze nach Punkt 3.1 und 3.2)

Beschäftigte m/w/d **1**	**Behinderte Personen** **2**	**Ausbildungs-plätze** **3**	**Summe** **1 + 2 + 3**

4. Investitionskosten, (Basis: Vorlage von Kostenangeboten, Angabe in €)

4.1	**Gesamtinvestitionen (Summe Pkt. 4.2 – 4.10)**	**ohne MwSt.**	**mit MwSt.**
4.2	**Kosten des Grundstückserwerbs oder der Immobile**		
4.3	**Finanzierungskosten**		
4.4	**Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeuge im Straßengütertransportverkehr**		
4.5	**Reisekosten**		
4.6	**Erhaltungsaufwendungen des Nutzers oder Eigentümers**		
4.7	**Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerungen und sonstige nichtförderfähige Kosten**		
	Gesamt (Summe 4.2 – 4.7), (nichtförderfähig)		
4.8	**Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter**		
4.9	**Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter**		
4.10	**Anschaffungskosten zu leasender Wirtschaftsgüter (Voraussetzung: Das Wirtschaftsgut wird am Ende der Laufzeit erworben)**		
	Gesamt (Summe 4.8 – 4.10), (förderfähig)		

5. Zeitliche Durchführung der Investition

Geplanter Maßnahmebeginn

Tag		Monat		Jahr	

Geplantes Maßnahmeende

Tag		Monat		Jahr	

6. Finanzierung (Angabe in €)

Eigenmittel *(=Mittel des Antragstellers/der Antragstellerin nach Abzug etwaiger Förderungen)*	
Beantragte Förderung nach der KU-Richtlinie	
Ggf. weitere Finanzierungsquellen *(Fremdmittel durch Sponsoren, Kredite etc.)*	
Gesamtfinanzierung *(Nachweis der Gesamtfinanzierung des Vorhabens erfolgt durch Vorlage einer Bestätigung)*	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

7. Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Es besteht bei Vorlage einer nachvollziehbaren Begründung im Ausnahmefall die Möglichkeit, einen vorzeitigen Maßnahmebeginn vor Vertragsabschluss zu erhalten. Gründe hierfür können beispielhaft besondere Eilbedürftigkeit durch lange Lieferfristen sein.

Hiermit beantrage(n) ich/wir für die vorab benannte Maßnahme die Erteilung eines vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmebeginns.

Ich/wir bin/sind damit über Folgendes aufgeklärt:

1. Der Antragsteller/die Antragstellerin trägt bis zum Vertragsabschluss (Erteilung des finalen Zuwendungsbescheides) das volle Risiko bei der Finanzierung des Vorhabens.

2. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Bewilligung der Zuwendung bei Zulassung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns.

3. Beauftragungen dürfen erst mit schriftlicher Erteilung des vorzeitigen Maßnahmebeginns durch die Bewilligungsstelle (Stadt Chemnitz) ausgelöst werden.

☐ **nein** ☐ **ja**

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

Begründung:

8. Erklärungen

8.1 Ich/wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben.

8.2 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.

8.3 Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.

8.4 Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

8.5 Mir/uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.

8.6 Mir/uns ist bekannt, dass, soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen auf der Grundlage der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der der EU auf De- minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1) oder der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (ABl. L187 vom 26.06.2014, S. 1) handelt, die Förderung nach deren Maßgaben und unter Einhaltung der darin gültigen Voraussetzungen sowie deren Nachfolgeregelungen behandelt wird.

8.7 Rückforderungsanordnung

Ich/wir erkläre(n), dass keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, welcher ich/wir nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet habe/haben.

8.8 Ausschluss der Doppelförderung

Ich/wir erkläre(n), dass für das Projekt keine weiteren öffentlichen Mittel der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland oder des Freistaates Sachsen beantragt oder bewilligt wurden bzw. werden.

Ort/Datum

Unterschrift/ggf. Stempel

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum

Unterschrift/ggf. Stempel